



# 04.13

---

## Editorial

---

### Gesundheitswirtschaft

Deutsche Kliniken ziehen ausländische Patienten an  
Deutscher Ethikrat: Globales Konzept zur weltweiten Gesundheitsversorgung gesucht

---

### Philosophie

Falls die Medizin uns unsterblich macht

---

### Gesellschaft

Wie gespalten ist die Gesellschaft in der Stadt?  
Menschenrechtsreport zum Thema Behinderung

---

### Wirtschaft

Handel 2020

---

### Globalisierung

Die Chinesen kommen! Aber was gefällt ihnen bei uns wirklich?  
Bewohner armer Länder zeigen mehr Risikobereitschaft  
Versklavung von Menschen: Eine Branche boomt.

---

### Europa

Drei Kardinalfehler im Kampf gegen die Finanzkrise  
Drei offene Baustellen der Eurokrise  
Tourismus in Europa trotz Krise gewachsen

---

### Impressum

---

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

endlich einmal nicht die Finanzierung, sondern die Qualität der Versorgung in den Mittelpunkt stellen – das war die Intention des 7. Gesundheitskongresses des Westens, der am 20. und 21. März 2013 in Bonn stattgefunden hat. „Qualität muss im Gesundheitswesen Hauptanliegen sein“, betonte Kongressleiterin Dr. Ingrid Völker, WISO S. E. Consulting GmbH. Die zentrale Frage sei, wie die Basisversorgung gesichert und gleichzeitig die Spitzenforschung gefördert werden könne. Ziel müsse es sein, eine gute Qualität und eine gute Versorgung für alle Menschen zu erreichen. Dafür müsse man über Sektorengrenzen hinweg neue Strategien für die Versorgung entwickeln.

Zum Branchentreffen der Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen fanden sich im Lauf der beiden Kongresstage rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein. Die Gesundheitswirtschaft ist die größte Wirtschaftsbranche in NRW und zugleich der wichtigste Arbeitgeber. Daher unterstrich NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin, dass die Gesundheitswirtschaft zu den Branchen gehöre, die Perspektiven für die Zukunft des Landes aufzeigen. Die Arbeitsschwerpunkte seines Ministeriums lägen auf den Branchen IT, Kreativwirtschaft und Gesundheitswirtschaft. Die Landesregierung wolle insbesondere die internationale Ausrichtung der Gesundheitswirtschaft stärken. Duin betonte das Interesse der Politik an den Ergebnissen des Kongresses. Dazu gehöre insbesondere ein Beitrag zu der Frage: Was wird, wenn Menschen alt, krank und arm sind? Auch das Thema Demographie und Fachkräfte habe die Politik im Auge.

Prof. Dr. Wolfgang Greiner, wissenschaftlicher Leiter des Kongresses und Inhaber des Lehrstuhls für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement der Universität Bielefeld, verwies darauf, dass das Thema „Finanzierung“ in der Debatte um Qualität nicht außen vor gelassen werden dürfe. Eine Bewertung der Qualität sei nur möglich, wenn die Themen „Kosten“ bzw. „Honorierung“ einbezogen werden. Erst dann sei eine Antwort auf die Frage möglich: Was geht überhaupt?

### Die „Henne-Ei-Problematik“

Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, bescheinigte der medizinischen Versorgung in Deutschland eine hervorragende Qualität. Allerdings müsse diese seiner Ansicht nach laufend überprüft und optimiert werden. „Wir müssen eine gesicherte und leitlinienbasierte Versorgung garantieren, die sich an die individuellen Bedürfnisse des Patienten anpasst“, sagte er. Die Debatte um Qualität und Finanzierung bezeichnete er als „Henne-Ei-Problematik“, da das eine ohne das andere nicht denkbar sei. Eines sei klar: In einem System, wo alle für alle finanzieren, ist nichts ungerechter als Verschwendung. Alle seien verpflichtet, über Qualität zu reden, über alle Grenzen hinweg. Die Lösung für die Breite liege in der Strukturqualität. Die Lösung für die Tiefe müsse gewährleisten, dass alle Angebote der Gesundheitsversorgung für alle Menschen erreichbar und verfügbar seien. Der Staat müsse eine flächendeckende Versorgung gewährleisten, die im Kern für alle die gleiche sein müsse.

Aufgrund der für die Vorbereitung zu planenden Zeiträume – z. B. für die Facharztausbildung – müsse schon jetzt bedacht werden: Was brauchen wir in 20 Jahren auf dem Land? Was ist finanzierbar? Was wollen wir den Menschen anbieten? Immer sei dabei zu berücksichtigen, dass sich der Arzt in einem ständigen Zielkonflikt befinde: Ökonomisch werde von ihm ein optimales Ergebnis zu einem möglichst geringen Preis gefordert, als Arzt aber wolle er ein optimales Ergebnis für ein Individuum erzielen.

Im Sinne des Kongressthemas „Mehr Qualität in Spitze und Breite“ sieht der Forscher Prof. Dr. Dietrich Grönemeyer, Inhaber des Grönemeyer Instituts für MikroTherapie, Bochum, die Zukunft darin, Spitzenmedizin konsequent in die Breite der Versorgung zu tragen. Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sei ein Gesamtkonzept, das beim Hausarzt anfangen, über Fachärzte in die Klinik führe und in den hochspezialisierten Bereichen ende. Er forderte, dass die Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufgehoben werden müsse, z. B. mit Blick auf den für den Patienten nicht nachvollziehbaren Medikamentenwechsel.

### **Ethische Debatte in der Gesellschaft erforderlich**

Auf die Frage, ob mit Blick auf die Kostentreiber „Demographie“ und „medizinischer Fortschritt“ eventuell die Verteilung geändert werden müsse, verwies Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, darauf, dass die Aussage von der Beitragssatzstabilität seit 20 Jahren die letzte Lüge im deutschen Gesundheitswesen sei. Die Veränderungen erforderten mehr finanzielle Ressourcen oder eine ehrliche Antwort auf die Frage: Wollen wir Leistungen rationieren, z. B. in Form von Altersgrenzen? Er prognostizierte, dass sich die Ausgaben der GKV langfristig verdoppeln werden. Schon heute stelle sich die Frage: Muss jede Innovation für jeden zugänglich sein? Dies sei eine ethische Frage, die in der Gesellschaft diskutiert werden müsse, z. B. wenn es um maximalinvasive Therapien am Beginn und am Ende des Lebens gehe.

Hecken fordert auch ein stärkeres Miteinander der Leistungserbringer im Sinne einer ganzheitlichen Versorgung der Patienten. Zurzeit betätigten sich Krankenkassen und die Pflegekassen als „Verschiebebahnhöhe“, wenn es um die Kosten gehe – ein Streit, bei dem der Patient verliere. Das gleiche gelte im Bereich Reha zwischen Krankenkassen und Rentenversicherung. Es sollte nur eine Kasse geben, um die Ressourcen besser einzusetzen.

Hecken forderte aber ebenso verantwortungsvolle Patientinnen und Patienten. So könnte etwa durch eine Selbstbeteiligung für jede Leistung ein Bewusstsein für Kosten und für medizinisch Notwendiges entwickelt werden. Über Selbstbehalte könnten die Versicherten selbst in die Kostenentwicklung einbezogen werden.

---

## Fokus älterer Patient

Dass insbesondere bei alten und kranken Menschen einiges falsch läuft, konstatierte Hans Adolf Müller, Leiter Gesundheitsmanagement der Knappschaft. Die Knappschaft habe bundesweit die älteste und kränkste Versichertenklientel. Im Durchschnitt seien die Versicherten 18 Jahre älter als in anderen Kassen – und sie wiesen den höchsten Morbiditätsindex auf. Müller forderte nicht nur, dass sich die Wissenschaft mehr mit Altersmedizin und Multimorbidität befassen müsse. Er kritisierte zudem, dass älteren Menschen teilweise eine Medikamentenmenge verordnet werde, deren Wechselwirkungen kontraproduktiv und nicht mehr steuerbar seien. Er wies aber auch darauf hin, dass das System mit seiner Undurchlässigkeit von Patientendaten dazu beitrage, dass Patienten selbst bewusst Intransparenz schaffen würden, indem sie ohne Überweisung den Arzt wechselten.

Die Knappschaft habe sich nun auf den Weg gemacht, selbst Lösungen zu entwickeln, Dazu gehöre der Test einer webbasierten Weiterleitung von Patientendaten ebenso wie die Gründung eines eigenen Instituts für Versorgungsforschung. Als wichtigste Punkte zur Verbesserung der derzeitigen Situation nannte er einen Wissenstransfer hin zum Patienten – z. B. durch Gesundheitsberatung, Pflegeberatung, Sozialberatung – sowie die Schaffung intelligenter Vergütungssysteme, die Anreize für eine qualitativ hochwertige Versorgung bieten und die Prozesse der Versorgung verbessern.

Die Tendenz der Diskutanten insgesamt war klar: Mehr Vernetzung, mehr Ganzheitlichkeit und eine ehrliche Debatte um „Finanzierung“ und „Rationierung“ in der Gesellschaft könnten die Gesundheitswirtschaft bereits ein ganzes Stück nach vorne bringen. Dazu müssten bei Ärzten, Institutionen, Einrichtungen und Politik ebenso eine Verhaltensänderung eingefordert werden wie bei jedem Einzelnen. Derzeit scheut sich die Gesellschaft, sich mit der Frage zu beschäftigen, wo wir in 20 Jahren stehen werden, wenn wir so weitermachen wie bisher. Das muss sich ändern.

In diesem Sinne grüßen wir Sie.

Ihre Redaktion

## Gesundheitswirtschaft

### Deutsche Kliniken ziehen ausländische Patienten an

Zunehmend suchen vor allem gut betuchte kranke Ausländer in Deutschland Genesung oder Linderung. "Wir sehen in Deutschland eine extrem hohe Nachfrage nach medizinischen Behandlungen aus dem Ausland", sagt Jens Juszcak vom Forschungsprojekt Medizintourismus der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg ([www.hochschule-bonn-rhein-sieg.de](http://www.hochschule-bonn-rhein-sieg.de)), Sankt Augustin, dem „Wall Street Journal Deutschland“. Vor allem russische Patienten würden Deutschland entdecken. „Die Zahl der russischen Patienten an deutschen Kliniken hat sich innerhalb weniger Jahre verfünffacht“, beschreibt Juszcak die Situation. Der Wissenschaftler schätzt, dass sich mittlerweile jährlich fast 5.000 russische Patienten in deutschen Kliniken stationär behandeln lassen. Und immer mehr Krankenhäuser und Regionen werben um zahlungskräftige ausländische Patienten.

So locken Kliniken im Freiburger Raum mit Hilfe der Clusterinitiative [Health Region Freiburg](#) zahlungskräftige Medizin-Gäste aus Arabien, Russland, USA und Asien. Freiburg setze dabei vor allem auch auf die Vernetzung von Tourismus und Gesundheit. „Wir wollen hochqualifizierten Tourismus“ sagte Bernd Dallmann, Vorsitzender des Vereins Health Region Freiburg gegenüber der [Badischen Zeitung](#) Ende Februar.

### Kürzere Wartezeiten und weniger Kosten als in den USA

Der Gesundheitsstandort Deutschland sei bei ausländischen Patienten im Aufwind. "German Health Care Attracts Foreign Patients" (Deutsches Gesundheitswesen lockt ausländische Patienten) titelte unlängst die [New York Times](#) und verwies darauf, dass sich der frühere ägyptische Präsident Husni Mubarak 2010 in Heidelberg die Gallenblase hat entfernen lassen, dass sich Nursultan Nasarbajew, Präsident von Kasachstan, letztes Jahr in Hamburg an der Prostata behandeln ließ, und dass erst im Dezember der irakische Staatspräsident Dschalal Talabani nach einem Schlaganfall in die Berliner Charité gebracht worden ist. Laut New York Times sei die Zahl der Patienten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten von 2000 bis 2010 um mehr als das Fünffache auf 1754 gestiegen, die der Patienten aus Saudi-Arabien habe sich im selben Zeitraum ebenfalls auf 712 verfünffacht. Viele Araber kämen auch deswegen, weil in Deutschland gemäßigttes Klima herrsche, die Kosten für Operationen günstiger seien, sie kürzere Wartezeiten als in den USA hätten und weil es nach den Attentaten von New York vom 11. September 2001 für sie schwieriger geworden sei, ein Visum für die USA zu bekommen.

### Stadtrundfahrten oder Shoppingtouren mit persönlichem Patientenmanager

Für die deutschen Kliniken seien die ausländischen Patienten ein lukratives Nebengeschäft. Als Privatpatienten und Selbstzahler belasteten sie in der Regel nicht die mit den Krankenkassen vereinbarten Budgets und bescherten den Kliniken zusätzliche Einnahmen mit hoher Rendite, so das Wall Street Journal. Schätzungen zufolge seien etwa 10 Prozent der mehr als 2.000 Kliniken in Deutschland mittlerweile auf internationale Gäste spezialisiert. Dort kümmere sich eine eigene Fachabteilung, ein International Office, um die Patienten. Um die Belange der russischen, osteuropäischen und arabischen Patienten kümmerten sich zum Beispiel im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf eigens dafür ausgebildete Patientenmanager. Sogar Stadtrundfahrten organisieren sie, berichtet Irma Agricola, Leiterin des International Office in Eppendorf.

## Vermittler entdecken den Medizintourismus

Doch nicht nur die Kliniken entdeckten ausländische Patienten als lukrative Einnahmequelle. Auch Vermittlerbüros und die Tourismusindustrie tummeln sich inzwischen in dem Geschäft, oft mit Unterstützung der Kliniken. Um Patienten aus dem Ausland an ihre Kliniken zu bekommen, nutzten viele Kliniken Patientenvermittler, die Patienten aus Russland und den GUS-Staaten zu deutschen Kliniken und Privatarztpraxen vermitteln. Etwa 10 Prozent der Behandlungskosten könnten für den Patienten allein dafür anfallen, dass ihm eine passende Klinik oder ein Arzt vermittelt würde.

Andere Kliniken, wie das Gesundheitszentrum Wittgenstein, positionieren sich im Wettbewerb um zukünftige Patienten, indem sie sich auf die Behandlung von Patienten mit Migrationshintergrund spezialisierten, berichtete die [WAZ](#) Anfang Februar. Mit einem Konzept zu „transkultureller psychosomatischer Behandlung“ habe man das „Know-how, in Deutschland lebende Migranten angemessen zu versorgen“, so Kliniksprecher Andreas Muhs gegenüber der WAZ. So verfüge die Klinik beispielsweise über einen muslimischen Gebetsraum. Zudem könne man die Dienstpläne so gestalten, dass Geschlechtertrennung bei der Behandlung sichergestellt sei.

Auch die Deutsche Zentrale für Tourismus ([www.germany.travel/de](http://www.germany.travel/de)), Frankfurt am Main, „rühre bereits kräftig die neue Werbetrommel“ für den Medizinstandort Deutschland mit einer speziellen [Website](#) in 29 Sprachen und einer mehrsprachigen Broschüre „[Medizinreisen](#)“

*Die kompletten Artikel können Sie hier nachlesen:*

[Badische Zeitung](#)

[New York Times](#)

[Wall Street Journal](#)

[Der Westen \(WAZ\)](#)

## Deutscher Ethikrat: Globales Konzept zur weltweiten Gesundheitsversorgung gesucht

Schwere Infektionskrankheiten, aber auch HIV und Krebserkrankungen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern auftreten, machen insgesamt zehn Prozent der Weltkrankheitslast aus. Für viele dieser Krankheiten gibt es inzwischen Therapien und Medikamente.

Ein Drittel der Weltbevölkerung habe aber keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten, sagte Christiane Woopen, Vorsitzende des Deutschen Ethikrates ([www.ethikrat.org](http://www.ethikrat.org)), Berlin, im Rahmen der letzten Diskussions-Veranstaltung „Forum Bioethik“ mit dem Titel: „Menschenrecht auf Gesundheit und Patentschutz – ein Widerspruch? Der Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten in Entwicklungs- und Schwellenländern“

Erörtert und diskutiert wurde in dem Forum unter anderem die Frage, inwiefern die Mechanismen der Marktwirtschaft ausreichen, um zu mehr Gerechtigkeit in der weltweiten Gesundheitsversorgung beitragen zu können oder ob weitere Zusatzmechanismen eingeführt werden müssten. Eine wichtige Rolle spiele dabei der Patentschutz von Medikamenten. Einerseits solle der Patentschutz Anreize für die Entwicklung von Innovationen setzen, andererseits stehe er aber unter dem Verdacht, den Zugang zu diesen Innovationen zu blockieren und Menschen von wesentlicher Gesundheitsversorgung abzuschneiden. In der Presse werde immer wieder von Konflikten berichtet, die dadurch entstehen, dass den Patentinhabern der Patentschutz vorzeitig oder früher, als sie es gewollt hätten, entzogen werde, um durch Generika den weltweiten Zugang zu den Medikamenten zu erleichtern.

### **Weniger als jedes zweite Kind in Afrika ausreichend versorgt**

Beispiele hierfür stellte der Völkerrechtler Holger Hestermeyer vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg vor: 9,8 von 15 Millionen HIV/Aids-Kranken in ärmeren Ländern erhielten nicht die für sie notwendigen Medikamente. 2 Milliarden Menschen hätten keinen Zugang zu den Medikamenten, die sie benötigten. In 14 untersuchten afrikanischen Ländern seien zudem wichtige Medikamente für Kinder nur in 28 bis 48 Prozent der Kliniken für die Grundversorgung verfügbar.

### **Unternehmen forschen an Medikamenten, die sich wirtschaftlich lohnen**

Laut einer Untersuchung der EU-Kommission würden, sobald der Patentschutz ablaufe, Generika 25 Prozent günstiger verkauft, nach zwei Jahren sogar 40 Prozent günstiger. Das führe dazu, dass manche Länder schon lange vor Ablauf des Patentes mit Zwangslizenzen, also mit dem Bruch des Patentes, drohen würden, um Zugang zu den notwendigen und günstigeren Medikamenten zu erhalten. Es gelte also, einen Mittelweg zu finden zwischen dem weltweiten Menschenrecht auf Gesundheit und dem internationalen Patentrecht für Unternehmen, die nur bei Gewinnaussichten durch einen langen Patentschutz Geld in Forschung und Entwicklung neuer Medikamente investieren würden.

### **„Vernachlässigte Krankheiten“ mehr in den Mittelpunkt rücken**

Die Philosophin Corinna Mieth von der Ruhr-Universität Bochum kontierte, dass der Patentschutz sich zwar ethisch rechtfertigen lasse, doch wenn es in einzelnen Bereichen bessere Alternativen gebe, um Menschen in Not zu helfen, ohne die Interessen der Industrie übermäßig zu verletzen, dann gebe es eine moralische Verpflichtung, diese zu verfolgen. Infrage kämen zum Beispiel Modelle, die die Staaten verpflichteten, einen gewissen Teil ihrer Budgets für die Erforschung und Bereitstellung wichtiger Medikamente auch für „vernachlässigte Krankheiten“ zur Verfügung zu stellen. Zu den „vernachlässigten Krankheiten“ gehören tropische Krankheiten, die vor allem in ärmeren Ländern vorkommen. Dazu gehören vor allem bakterielle oder virale Infektionen, wie zum Beispiel das Dengue-Fieber oder die Afrikanische Schlafkrankheit. Bestimmte Infektionswege durch Mücken oder aufgrund mangelnder Hygiene kommen in Industrieländern kaum vor.

---

## Fazit: Neue Anreize außerhalb des Patentrechts schaffen

Im Rahmen des Forums „Bioethik“ wurden einige Lösungsansätze diskutiert: So sprach sich Helge Braun, Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, dafür aus, die Erforschung von Medikamenten für seltene Krankheiten in Entwicklungsländern zu fördern, für die der Patentschutz kaum Anreize schaffe. Die Bundesregierung betreibe seit 2010 den Aufbau gezielter Forschungsk Kooperationen zwischen deutschen und afrikanischen Institutionen sowie die Beteiligung an Produktentwicklungspartnerschaften für die Entwicklung und Finanzierung von Medikamenten.

Cornelius Erbe vom Verband Forschender Arzneimittelhersteller argumentierte, die Debatte um den Patentschutz gehe am eigentlichen Problem vorbei. Die meisten lebensnotwendigen Medikamente seien längst nicht mehr durch Patente geschützt, die Versorgung der Menschen scheitere vielmehr an infrastrukturellen, speziell logistischen Problemen. Hier müsse der Hebel angesetzt werden.

Insgesamt sei diese Diskussion eine „Chance und eine Verpflichtung, für Deutschland, Vorreiter der internationalen Entwicklung auf dem Gebiet der Gesundheitsforschung zu sein.“, so der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Wolf-Michael Catenhusen, in seinem Schlusswort.

*Die einzelnen Vorträge und die gesamte Diskussion „Menschenrecht auf Gesundheit und Patentschutz – ein Widerspruch?“ im Rahmen des „Forum Bioethik“ können auf der Website des [Deutschen Ethikrates](#) nachgelesen werden. An derselben Stelle ist auch eine Simultanmitschrift abrufbar.*



## Philosophie

### Falls die Medizin uns unsterblich macht

Viele Menschen wollen ewig leben. Doch der Menschheitstraum von der Unsterblichkeit hat aus philosophischer Sicht Schattenseiten: "Es würde langweilig und einsam, wenn ein unsterblicher Mensch im Diesseits keine Beziehungen zu anderen Unsterblichen hätte." Dies erläuterte der US-Philosoph Prof. Dr. John Martin Fischer von der Universität Kalifornien, Riverside, der von Juli bis Dezember 2012 als Fellow der Kolleg-Forschergruppe "Normenbegründung in Medizinethik und Biopolitik" an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster forschte. "Quälend würde es auch, wenn ein ewig lebender Mensch keine sinnvolle Aufgabe hätte, nicht gesund wäre und keine ewig stabile Persönlichkeit hätte", so der international renommierte Experte für philosophische Fragen zu Tod und Unsterblichkeit.

Obwohl Unsterblichkeit bislang nicht möglich ist, hält Fischer die Diskussion für zeitgemäß. "Trotz ständiger Bedrohung durch Krankheiten leben die Menschen durch den wissenschaftlichen Fortschritt immer länger. Mein Blick geht in eine mögliche Zukunft, in der die Medizin soweit fortgeschritten ist, dass sie ein Leben ohne Tod erlaubt." Die Menschen müssten sich früh damit auseinandersetzen, ob sie eine solche Form des ewigen Lebens wünschten und ob Unsterblichkeit Fluch oder Segen sei.

Zur Förderung seiner Forschungen über Tod und Unsterblichkeit erhielt der Experte im Juli fünf Millionen Dollar von der amerikanischen John Templeton Foundation. Damit will er das Thema fächerübergreifend beleuchten: aus der Sicht der Philosophie, Theologie, Biologie und Psychologie. Ein Augenmerk legt der Forscher auch auf Nahtoderfahrungen. Er will untersuchen, warum diese bei Menschen in verschiedenen Kulturen unterschiedliche Bilder hervorrufen. "Westliche Menschen, die wiederbelebt wurden, berichten oft über Licht am Ende eines dunklen Tunnels. Japaner hingegen beobachten sich in derselben Situation häufig bei der Pflege eines Steingartens."

### Auswirkungen des Todes auf das Leben

Der Tod habe durchaus positive Auswirkungen auf das Leben, betonte der Philosoph. "Die Angst vor dem eigenen Ende treibt uns an wie ein Motor." Viele Menschen handelten im Diesseits moralischer, weil sie göttliche Strafe im Jenseits fürchteten. "Unter bestimmten Bedingungen wie sinnvollen Aufgaben und dauerhaften Beziehungen kann das Leben aber auch ohne Tod kostbar und voller Schönheit, Sinn und Moral sein."

Der Wunsch nach Unsterblichkeit im Diesseits ist Fischer zufolge keineswegs neu: "Menschen haben schon immer das ewige Leben erstrebt – in der Religion, Philosophie und Medizin. Es ist auch eines der wichtigsten Themen der Weltliteratur." Das reiche vom babylonischen Gilgamesch-Epos über die biblische Geschichte von Adam und Eva bis zu John Miltons "Paradise Lost" und Goethes "Faust". Auch die Science Fiction-Literatur greife das Thema auf. "Das Genre des 'Cyberpunk' spielt mit der Idee, der Verstand eines Menschen könnte in Computersysteme hochgeladen und dort unsterblich werden." Science Fiction setze sich meist offener und positiver mit Unsterblichkeit auseinander als die meisten Philosophen, hob der Forscher hervor.

---

Fischer befasst sich zugleich mit Vorstellungen von Unsterblichkeit im Jenseits. "Der Mensch hat ein tiefes Bedürfnis danach, herauszufinden, was mit ihm nach dem Tod passiert. Eine große Rolle spielt dabei die Angst vor dem Unbekannten." Die meisten Jenseitsvorstellungen seien religiös begründet. Die Ideen unterscheiden sich demnach nicht nur von Religion zu Religion, sondern auch innerhalb jeder Religion. "Manche Christen glauben etwa, dass nur die Seele unsterblich sei, für andere spielt Körperlichkeit weiterhin eine große Rolle. Was die ekstatische und glückselige Einheit mit Gott im islamischen Paradies genau bedeutet, ist auch unter Muslimen umstritten."

*In Original-Tönen (Englisch) können Aussagen von Prof. Dr. John Martin Fischer [hier](#) angehört werden.*

## Gesellschaft

### Wie gespalten ist die Gesellschaft in der Stadt?

Die ökonomische Spaltung der Bevölkerung ist vor allem in großen Städten deutlich erkennbar – mit zunehmender Tendenz. Haushalte mit geringen Ressourcen konzentrieren sich zunehmend in bestimmten Stadtquartieren. Angesichts dieser Trends gingen Wissenschaftler und Kommunalpolitiker u. a. folgenden Fragen nach: Welche Stadtstrukturen und Entwicklungen unterstützen eine weitere räumliche Polarisierung und welche vermögen ihr entgegenzuwirken? Welchen Stellenwert kommt in Zukunft dem „Planungsideal gemischter Stadtquartiere“ zu? – Der Konferenzbericht über den intensiven Gedankenaustausch zu diesen und weiteren Fragen wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumordnung (BBSR, Bonn, <http://www.bbsr.bund.de/>) vorgelegt.

### Soziale Ungleichheit in der Gesellschaft

Insgesamt werde die Gefahr einer gespaltenen Gesellschaft „immer unübersehbarer“, resümiert Dr. Gabriele Sturm (BBSR) für die Veranstalter. „Das Fragezeichen im Titel der Veranstaltung in Bezug auf die Armutsfrage“ schein angesichts der vorgestellten wissenschaftlichen Befunde nicht mehr angebracht.

Für Prof. Dr. C. Butterwegge (Universität Köln) seien die Spaltungsprozesse in der Gesellschaft ein „integraler Bestandteil der kapitalistischen Marktwirtschaft“. Reichtum werde von der Politik „bewusst gefördert“. Der „systematische Um- und Abbau des Bismarck’schen vorsorgenden Sozialstaats“ habe es mit sich gebracht, dass heute auf der einen Seite ein „Wohlstandsmarkt für diejenigen“ existiere, „die sich den Einkauf von Vorsorge leisten können“. Auf der anderen Seite gebe es eine „rudimentäre Existenzsicherung und Abhängigkeit vom Wohltätigkeitsstaat derjenigen, die keine Rücklagen bilden können“. Als „einzig wirksame Gegenmaßnahmen“ zu dieser Entwicklung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt akut bedrohe, sieht Butterwegge eine „Umverteilung des privaten Reichtums von oben nach unten“, die „Wiedererhebung der Vermögensteuer“, die „Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns“ und die „Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus“ an.

### Blick auf die Städte

Obwohl – wie wissenschaftliche Analysen zeigten – an manchen Orten die räumliche Segregation hinsichtlich diverser Armutsindikatoren in den letzten Jahren zugenommen habe, könne man in den deutschen Großstädten nicht von einer „Ethnisierung der Armut“ sprechen. Auch gebe es – verglichen mit der Situation in anderen Ländern – „bislang keine Ghettos – weder von Ausländern noch von Armen“. Und: Die „Gesellschaft in der Gesamtheit der Lebensvollzüge“ nehme sich auch nicht „als eine unwiderruflich gespaltene“ wahr.

Allerdings sei zu konstatieren: Als „stärkster Armutsindikator für sozialräumliche Segregation“ habe sich die **Kinderarmut** („Anteil der SGB-II-Empfänger an allen 0- bis unter 15-Jährigen“) erwiesen. Insgesamt wiesen die Städte im Süden Deutschlands „eine geringere Segregation und Polarisierung auf als Städte in anderen Teilen der Republik“. Bedenklich sei, dass auf der Stadtelebene die Polarisierung im Hinblick auf Kinderarmut zunehme. So seien negative Entwicklungen vor allem in Gebieten mit hoher

Kinderarmut festzustellen und positive Entwicklungen vor allem in Gebieten mit niedriger Kinderarmut. „Eine Konzentration der von Armut betroffenen Haushalte mit Kindern in den Großwohnsiedlungen und den 1950er-/1960er-Jahre Siedlungen am Stadtrand“ sei „offenkundig“. Die „Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für benachteiligte Bevölkerungsgruppen“ sei „eines der wichtigsten Instrumente, um der Konzentration von Armut in bestimmten Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken“.

Während der zurückliegenden fünfzehn Jahre sei „eine zunehmende **Einkommenspolarisierung** als flächendeckendes Phänomen“ zu beobachten. Vor allem in den Großstadtreionen nehme „die Zahl der Personen mit besonders niedrigen und besonders hohen Äquivalenzeinkommen zu“, während „die Zahl der Personen mit mittleren Äquivalenzeinkommen“ abnehme (Prof. Dr. Martin Gornig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin). Die Polarisierung sei vor allem in den Städten im Westen Deutschlands zu beobachten, wo die die mittlere Einkommensschicht zugunsten der höheren und niedrigeren Einkommen schrumpfe. Das Einkommen der „armen Bevölkerungsgruppe“ bleibe dabei in der Höhe annähernd konstant, während das der mittleren Einkommensgruppe sinke und das der „reichen Bevölkerung“ deutlich steige. Im Osten Deutschland könne man „von einer durchgängigen Verarmung sprechen: Der Anteil der mittleren und höheren Einkommensschichten nimmt ab, während der Anteil niedriger Einkommen zunimmt.“ In allen drei Einkommensgruppen würden hier die mittleren Einkommen sinken.

Gestützt auf neuere Analysen könne man der „verbreitet diskutierten Desintegrationsthese“ in Bezug auf die Stadtbewohnerschaft mit Migrationshintergrund entgegentreten (Prof. Dr. K. Schönwälder, Max Planck Institut Göttingen). Vielmehr würden die Kontakte zwischen den verschiedenen Gruppen mit steigendem Ausländeranteil im Wohngebiet zunehmen. Die „**Intergruppenkontakte im Wohngebiet** werden von mehr als drei Viertel der Befragten positiv beurteilt.“ Gut 50 Prozent aller „Intergruppen-Beziehungen“ entstünden dort. Wichtig für die „Interaktion von Nichtmigrant/innen und Migrant/innen“ seien allerdings „die Kontaktqualitäten öffentlicher Räume, also das Vorhandensein bzw. Fehlen von Orten, an denen die Menschen sich begegnen“. Insgesamt aber scheine „die interkulturelle Vielfalt zur Normalität geworden zu sein“.

### **Kommunale Handlungsräume**

Es sei heute unerlässlich, für ein **kommunales Monitoring** verstärkt Mikro- und Wirksamkeitsanalysen einzusetzen. Beim Monitoring und „bei den Handlungsansätzen“ müsse man über „kleinräumige Settings“ gehen. Das begründeten Ulrich Ernst und Volker Kersting (Stadt Mülheim an der Ruhr) und Hermann Breuer (Stadt Köln). Es sei aber auch notwendig, dabei „die Problematik der Messbarkeit im Blick zu behalten, egal, ob es um eine Komponente im Monitoring oder um den Wert eines Programms geht“ (Sturm, BBSR). Daneben dürften „qualitative Analysen, die nichtstandardisierten, offenen Konzepten folgen“, ebenfalls nicht vernachlässigt werden.

Verschiedentlich sei von den Vertretern der Kommunen die **Flexibilität von Planungsverfahren oder Programmen** eingefordert worden. Politisches wie Verwaltungshandeln benötige zwar „leitende Strukturen“; es sollten aber für die Gestaltung der Umsetzungsprozesse auch Alternativen zugelassen werden. Auch bei dem heute „allseits beschworenen bürgerschaftlichen Engagement“ würden weniger vorausgeplante Aktivitäten manchmal ganz neue Wege aufzeigen, die durch zu viel

Standardisierung nicht verbaut werden sollten.

Bei der Neukonzeption der „Sozialen Stadt“ und kommunaler Entwicklungskonzepte habe sich jüngst ein neues Konfliktfeld aufgetan: „Stadtentwicklung mit privaten Investoren, Stiftungen, Unternehmen“. Private Investitionen im Wohnungsbestand würden sich für die Stadtentwicklung nicht selten als problematisch erweisen, die Zusammenarbeit mit privaten Mäzenen auf den Gebieten von Kultur und Bildung jedoch als „zukunftsweisend“. Auf jeden Fall aber sei zu fragen: „Wessen Interessen werden vertreten? Wer bestimmt letztendlich die konkreten Ausführungen – und damit auch das Stadtbild? Wer ist für die Folgen verantwortlich?“ Es wurde vermutet, dass sich Stadtentwicklung „immer mehr in Richtung Moderation und Koordination“ entwickeln könne (Brigitte Göttgens, Stadt Köln).

### Das Programm „Soziale Stadt“

Mit dem 1999 gestarteten Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ seien bis 2011 etwa 600 Gebiete in 375 Gemeinden mit 970 Millionen Euro an Bundesfinanzhilfen gefördert worden. Einen etwa gleich großen Anteil hätten Länder und Kommunen erbracht. Jeweils 40 Prozent der geförderten Gebiete lägen in Großstädten und Mittelstädten. Eine zusätzliche Anschub-Finanzierung habe in 700 sozial-integrativen Modellvorhaben den Erwerb von Sprachkenntnissen, eine Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, die Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit und eine Entwicklung der „lokalen Ökonomie“ ermöglicht. Eine Befragung von Kommunen habe bestätigt, dass „aus Sicht der Vor-Ort-Verantwortlichen“ das Programm „Soziale Stadt“ die Stabilisierung und Aufwertung der Quartiere „sichtbar gefördert“ und „in vielen Handlungsfeldern“ die Chancengerechtigkeit für die Bewohnerschaft unterstützt habe.

Besondere Bedeutung in der Stadtentwicklungspolitik des Bundes haben die Handlungsfelder „Integration und Bildung“, „Gewalt- und Kriminalitätsprävention“, „Einbindung von Unternehmen und Stiftungen“ sowie die „Verstetigung von tragfähigen Strukturen“. Entsprechend sei 2012 das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ neujustiert worden. Investitionen in das Wohnumfeld, die Qualität des Wohnens und die Infrastruktur stünden weiter im Vordergrund. Aber es solle stärker auf „Generationengerechtigkeit durch familien- und altersgerechte Infrastrukturen“ hingewirkt werden. Durch stärkere „Beteiligung und Mitwirkung“ soll die Integration benachteiligter Gruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden. Voraussetzung für die Förderung sei künftig „ein Integriertes Entwicklungskonzept, das in ein gegebenenfalls vorhandenes gesamtstädtisches Konzept einzubetten ist“. Verstärkt eingebunden werden sollen weitere Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft, wie Unternehmen, (Bürger-)Stiftungen, Ehrenamt, Freiwilligendienste.

Das Programm „Soziale Stadt“ selbst, so stellten Wissenschaftler und Kommunalvertreter einmütig fest, könne vor Ort im Stadtteil wirksam werden, Anstöße geben und gute Beispiele implementieren. Es könne aber übergeordnete gesellschaftliche Zielvorstellungen, Leitlinien und Rahmenbedingungen nicht ersetzen, für die auch andere Ressorts zuständig sind.

*Ein Bericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumordnung (Bonn) zur Konferenz „Gespaltene Stadtgesellschaften?“ (19. Juni 2012 in Siegburg; 20 S.) findet sich [hier](#) (BBSR-Bericht KOMPAKT 03/2012).*

## Menschenrechtsreport zum Thema Behinderung

Eine breite Allianz von deutschen Nichtregierungsorganisationen zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat Ende März einen Bericht zur Menschenrechtssituation von Menschen mit Behinderung an Tom Koenigs, den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, übergeben. Anlass war der vierte Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009.

Der Bericht mit dem Titel „Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit und Inklusion!“ ist der so genannte „Schattenbericht der Zivilgesellschaft“ und soll als Ergänzung und Gegendarstellung zu Einschätzungen der Bundesregierung dienen. Er eröffnet die Möglichkeit, aus zivilgesellschaftlicher Sicht zum Umsetzungsstand der UN-BRK in Deutschland Stellung zu nehmen sowie notwendige Maßnahmen und Änderungserfordernisse zu formulieren. Er ist eine wichtige Informationsquelle für den UN-Ausschuss in Genf, der im Rahmen des Berichtsprüfungsverfahrens die Umsetzung der Konvention beurteilen soll.

Der aktuelle Bericht zeigt auf, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland vielfach verletzt werden. „Wenn einer unbekannt Zahl von Menschen mit Behinderungen pauschal das Wahlrecht verweigert wird, wenn Menschen gegen ihren Willen zwangsbehandelt und zwangseingewiesen werden, wenn Frauen und Mädchen mit Behinderungen zwei- bis dreimal häufiger als nichtbehinderte Frauen von sexueller Gewalt betroffen sind, und mehr als 140.000 pflegebedürftige Menschen ans Bett fixiert werden, so sind das gravierende Menschenrechtsverletzungen“, so Dr. Sigrid Arnade, eine der Sprecherinnen der Allianz.

Deutschland habe noch einen weiten Weg zu gehen, um mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu erreichen. So stellt der Bericht fest, dass nur 29 Prozent der Kinder mit Behinderungen die Regelschule besuchen. Besonders betroffen sind behinderte Kinder mit Migrationshintergrund. Auf dem Arbeitsmarkt sind Menschen mit Behinderung mit 14,8 Prozent doppelt so häufig arbeitslos wie nichtbehinderte Menschen.

Der Bericht fokussiert seine Kritik auf verschiedene Bereiche: Zunächst wird allgemein der Staatenbericht und der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft bewertet. Im Hauptteil wird zu jedem einzelnen Artikel aus der UN-Behindertenrechtskonvention berichtet, und es werden konkrete Forderungen an die Politik gestellt.

*Der 80-seitige Bericht mit dem Titel "Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit, Inklusion!" wurde von der BRK-Allianz erstellt. Die BRK-Allianz wurde im Januar 2012 gegründet und ist ein Zusammenschluss von 78 Organisationen, die im Wesentlichen das Spektrum der behindertenpolitisch arbeitenden Verbände in Deutschland repräsentieren. Der Bericht kann unter [www.brk-allianz.de](http://www.brk-allianz.de) heruntergeladen werden.*

## Wirtschaft

### Handel 2020

Im Zeitraum zwischen 1991 und 2011 ist der Einzelhandel in Deutschland von etwa 370 Milliarden Euro auf gut 410 Milliarden Euro in Bruttorechnung angewachsen. Nach Abzug der Preissteigerungsraten dürfte das reale Wachstum in dieser Zeit negativ ausgefallen sein. „Interessanterweise ist jedoch in der gleichen Zeit ein Anstieg der Verkaufsflächen des Handels um etwa 45 Prozent zu verzeichnen, was nichts anderes bedeutet, als dass wir heute ein gutes Drittel 'heiße Luft' im deutschen Handel haben.“ So wird in der Studie „Wachstumsstrategien für den Handel auf dem Weg nach 2020“ der Ulrich Eggert Consulting, Köln (<http://www.ulricheggert.de/>) die heutige Ausgangssituation charakterisiert. Die Studie analysiert die Ursachen für die Stagnation im Handel und will aufzeigen, wie es im nächsten Jahrzehnt im deutschen Handel weitergehen könnte.

#### Einflussfaktoren der vergangenen Jahre

Seit 1991 seien praktische keine Einkommenssteigerungen erfolgt. Dafür habe es aber „vermehrte Preissteigerung auch im administrativen Bereich“ gegeben. Die zunehmenden Alterungsprozesse seien „mit prinzipiell geringerer Nachfrage pro Kopf“ verbunden. Auch sinkende Bevölkerungszahlen durch eine „erhebliche Abflachung“ der Migrantenströme hätten sich auf die Situation im Handel ausgewirkt. Die Investitionen gingen zunehmend in die Altersvorsorge. Euro- und Finanzkrise hätten die Bevölkerung zunehmend verunsichert. Stark gewachsen seien die Ausgaben für Dienstleistungen zulasten von Konsumgütern. Da es eher Steuererhöhungen als Steuersenkungen gegeben habe, seien wichtige Impulse für eine Binnenkonjunktur ausgeblieben.

Aufgrund des „überproportionalen Flächenwachstums“ halte „das Preisdumping im deutschen Handel“ an. Das Internet bewirke ebenso ein Preisdumping, ermögliche zusätzlich Einkäufe im Ausland und nehme dem klassischen Laden-Einzelhandel erhebliche Umsätze weg. Gesteigert würden diese Effekte noch dadurch, „dass im Rahmen der letzten Finanzkrise durch die Abwrackprämie dem klassischen Konsumgütermarkt – und damit dem Handel im engeren Sinne – Umsätze entzogen wurden und auf den Kfz-Handel umgelenkt wurden“. Diese Umlenkung sei kein einmaliger Effekt. Aufgrund der Kreditfinanzierung für die „mehr als zwei Millionen so in den Markt gedrückten Autos“ werde dieser Effekt noch bis 2013/2014 anhalten.

#### Breitem Handelswachstum fehlt die Basis

Der „Potenzialpfad des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland“ sei auf etwa 1,5 bis 1,8 Prozent pro Jahr abgesunken. Daher könne „aufgrund der inneren Strukturen in Deutschland im Durchschnitt der Jahre nicht mit höherem Wachstum gerechnet werden“. Die Exportnachfrage, die das Wachstum in Deutschland erheblich gestützt habe, könne nicht ins Unermessliche wachsen, da sich auch andere Staaten auf ihre Exportmöglichkeiten besinnen, z. B. China. Ein Nettorealwachstum des Einzelhandels im engeren Sinne sei daher bis zum Jahre 2020 nicht in nennenswertem Umfang zu erwarten, wohl auch nicht danach. Gebe es keine Binnenkonjunktur, so werde es auch keine Branchenkonjunktur des Handels geben. „Das bedeutet für die einzelnen Unternehmen, dass sie nur dann wachsen können, wenn sie im bereits bretterharten Wettbewerb gegen andere Unternehmen antreten und ihnen letztlich Marktanteile entreißen“. Trotz der Gesamtstagnation des Handels würden einzelne Unternehmen durchaus wachsen können, wenn sie die besseren Konzepte haben.

## Zukunftsweisende Strategien

Vorbei sei die „Zeit des Bauchmanagements“. In Zukunft werde ohne exakte Planung und Kontrolle sowie anschließende Anpassung der Pläne oder der Maßnahmen im Handel „nichts mehr laufen“. Die Handelsunternehmen würden sich auch weiter zusammenschließen müssen, „in Verbundgruppen, in Franchisegruppen, in vertikalen Gruppen usw.“ Eine Branchenkonjunktur werde also „durch Firmen- und Gruppenkonjunkturen ersetzt“ werden. In der Studie werden mehr als 80 strategische Konzepte umrissen, „wie einzelne Handelsunternehmen bzw. Handelsgruppen sich im Markt durchsetzen und trotz hybridem Wettbewerb wachsen können“. Sie reichen von Wachstumsstrategien aus Sicht der Betriebsausrichtung über Wachstumsstrategien durch neue Segmente und Angebote, Strategien für den Einsatz des Internets und des E-Commerce, bis hin zu Marketing- und Akquisitionsstrategien sowie Wachstumsstrategien durch Kooperation. Außerdem müsse sich der Handel den Dienstleistungsmarkt besser erschließen, der viel schneller wachse als der Warenmarkt. Nur so könne er auch in Zukunft „ein rentables Wachstum (...) erlangen“.

Der exorbitante Flächenausbau in den zurückliegenden Jahren habe z. B. nicht dazu geführt, dass alte Flächen in größerem Umfang vom Markt verschwunden sind“. In Zukunft würden aber die „guten“ Flächen „schlechte“ Flächen ersetzen. Verstärkt zu rechnen sei mit Leerständen und Flächenumwandlungen. Zudem würden sich die Marktanteile drastisch verschieben, sagt die Studie voraus.

„Letztlich sind es nur drei Formate, deren Marktanteil in den nächsten Jahren noch wachsen werden, nämlich: Discounter, Fachmärkte als Near-Discounter und die Versender – oder, wie man es heute besser sagt, der Distanzhandel – vor allen Dingen angetrieben durch E-Commerce und Multi Channel Retailing.“ Der Handel werde auch noch stärker auf den „LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability)“-Trend reagieren müssen, der von den Verbrauchern ausgehe. „Green Business“, ein Zukunftsprimat für den Handel, gehe sogar noch darüber hinaus. „Corporate Social Responsibility, Compliance und Corporate Governance sind die Forderungen, insbesondere an große Unternehmen – aber nicht nur an sie!“

„Basel II“ erzwingt eine Konsolidierung im Finanzbereich des Handels. Neue Finanzierungsformen würden in den Vordergrund rücken. „Das in der Finanzkrise etwas in Verruf geratene Mezzanine Kapital wird für den Mittelstand bedeutender und für die größeren Unternehmen das Thema Private Equity.“

Die Kurzstudie „Wachstumsstrategien für den Handel – auf dem Weg nach 2020“ (35 S.) und weitere Studien zur Zukunft des Handels finden sich im Internet unter <http://www.ulricheggert.de/> (in den Rubriken „Kostenlose Studien“ und „Studien“).



## Globalisierung

### Die Chinesen kommen! Aber was gefällt ihnen bei uns wirklich?

Reisende aus China findet man immer vor besonders touristischen Sehenswürdigkeiten, wie dem Kölner Dom, dem Brandenburger Tor oder auch Schloß Neuschwanstein. Dabei treten Chinesen hauptsächlich in großen Gruppen auf und schießen Beweisfotos dafür, dass sie an dem jeweiligen Ort gewesen sind. Danach geht es im Bus zur nächsten Attraktion, denn bei der Pauschalreise „Europa in sieben Tagen“ stehen noch einige weitere Länder auf dem Programm. Soweit das Klischee.

Wie aber sieht es inzwischen mit der Wirklichkeit aus? Bestehen die „Reiseweltmeister“ aus China tatsächlich nur aus „homogenen Reisegruppen beim Sightseeing im Schnelldurchlauf“? In der aktuellen Trendstudie „Neue chinesische Touristen in Europa 2017+“ hat das Beratungsunternehmen Z-punkt ([www.z-punkt.de](http://www.z-punkt.de)), Köln, in Zusammenarbeit mit dem [TUI think tank](#), Hannover, den Wachstumsmarkt des modernen chinesischen Tourismus analysiert und dabei einige spannende Entwicklungen aufgezeigt.

#### Von der traditionellen Inlandsreise in China zum Massen-Phänomen Europareise

Inlandsreisen, besonders zu Bildungszwecken, haben in China eine lange Tradition. Reisen ins Ausland sind jedoch in China relativ neu, nicht zuletzt durch die vielen gut ausgebildeten und internetaffinen jungen Chinesen. 2010 reisten bereits rund 3,8 Millionen Chinesen nach Europa. Bis 2020 wird erwartet, dass sich diese Zahl vervierfachen könnte. Europa sei eines der beliebtesten Reiseziele der Chinesen, da besonders das „Museum Europa“ aus Sicht vieler Chinesen die einzige Region sei, die China kulturell und historisch ebenbürtig ist. Die „New Chinese Tourists“ seien häufig in den USA oder Europa ausgebildet und stünden „mitten im Karriereprozess“.

Sie seien laut Studie überwiegend unter 50 Jahre alt und in der „optimistischen und konsumfreudigen Atmosphäre jahrzehntelanger zweistelliger Wirtschaftswachstumsraten aufgewachsen“. Sie seien an Kultur und Ökologie interessiert und damit inzwischen auch potenzielle Besucher von Reisezielen und Attraktionen jenseits des touristischen Mainstreams.

#### Mit Respekt und neuen Services den Gästen begegnen

Neben den neuen kulturellen Interessen seien die Chinesen aber in vielen europäischen Großstädten neben den russischen Touristen bereits die wichtigste internationale Käufergruppe von Waren im Luxussegment (mehr zu diesem Thema in den [trend informationen 12/12](#)) und von hochpreisigen Immobilien. Der Duty Free Einzelhandelsumsatz habe sich bei den chinesischen Touristen in den letzten drei Jahren verdreifacht. Anbieter aus Touristik, Handel, Mobilität, Telekommunikation und Kultur seien daher aufgefordert, die sich „verändernden Ansprüche und Wünsche der chinesischen Touristen frühzeitig zu erkennen und ihren neuen Gästen mit Respekt und angepassten Services zu begegnen“. Auch wenn Europa auf der Beliebtheitskala bei den Chinesen oben stehe, befinde es sich dennoch im Wettbewerb mit Regionen wie zum Beispiel USA und Australien.

## Neue Reisebedürfnisse chinesischer Europatouristen

*Connectivity:* Webbasierte Services und digitale Dienste sind in China selbstverständlicher als in Europa. In Zukunft werden chinesische Touristen zum Beispiel digitale Beschilderungen an Flughäfen oder in Museen erwarten oder Reisen mittels sozialer Netzwerke auswählen und buchen.

*Experience:* Die Gruppe der auslandserfahrenen Chinesen wächst. Neben dem Besuch von Sehenswürdigkeiten wird daher auch der Wunsch größer, authentische kulturelle Erfahrungen zu machen, zum Beispiel durch einen Besuch des Kölner Karnevals.

*Soft Action:* Neben den klassischen Reisebedürfnissen tritt zunehmend der Wunsch nach körperlicher Aktivität bei chinesischen Touristen in den Vordergrund. Dieser Wunsch ist allerdings nicht gleichzusetzen mit den Bedürfnissen westlicher „Abenteurer“ nach Extremsportenerfahrungen, wie beispielsweise Bungee-Jumping. Chinesen stellen sich eher vor, Teilstrecken der Tour de France abzufahren, Golf zu spielen oder auch ein Spielcasino zu besuchen.

*Entertainment:* Kulturhistorische Reiserouten werden an Bedeutung verlieren, während „Fan-Tourismus“ auf den Spuren eines individuellen Idols als Film, Musik oder Sport zunehmen werden. Auch das „Eintauchen ins Nachtleben europäischer Metropolen“ wird in der Beliebtheit weiter wachsen.

*Recreation:* Im Gegensatz zum Klischee, wünschen sich chinesische Touristen zunehmend Entspannung und Entschleunigung in Europa. Chinesische Reisende wollen in Europa Langsamkeit entdecken und bevorzugen daher ländliche Reiseziele mit starkem Naturbezug und Reisen mit weniger Destinationen.

*Special Interests:* Sehr reiseerfahrene oder extrem reiche Chinesen wünschen sich durch ihre Europareise eine Bereicherung, indem sie persönliche Hobbies oder Interessen vertiefen können. Das kann der exklusive Besuch eines Weingutes sein oder der Besuch des Pina Bausch Tanztheaters in Wuppertal.

Die gesamte Studie „*Neue chinesische Touristen in Europa 2017+*“ (48 S.) mit weiteren Ergebnissen der TUI AG und Z\_punkt GmbH finden Sie [hier zum Download](#).

## Bewohner armer Länder zeigen mehr Risikobereitschaft

Lotterien standen im Mittelpunkt eines außergewöhnlichen Experiments des Ökonoms Ferdinand Vieider am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ([www.wzb.eu](http://www.wzb.eu)). Erstmals hat er systematisch das Risikoverhalten in 30 Ländern von Australien bis Vietnam untersucht – mit überraschenden Ergebnissen. Die Auswertung zeigt, dass Menschen in armen Ländern eher bereit sind, Risiken einzugehen, als die Einwohner reicherer Staaten, wie zum Beispiel Deutschland.

In dem Experiment, das Vieider gemeinsam mit Thorsten Chmura (Universität Nottingham) und Peter Martinsson (Universität Göteborg) durchgeführt hat, wurden die Risikopräferenzen von über 3.000 Probanden aus 30 Ländern bewertet. Dazu mussten sich die Teilnehmer in einem mehrstufigen Entscheidungsprozess jeweils zwischen Lotterien und steigenden festen Geldbeträgen entscheiden. Je höher der Betrag war, ab dem Teilnehmer von der Lotterie zu dem festen Betrag wechselten, desto höher war ihre Wertschätzung der Lotterie und daher ihre Risikobereitschaft. Die Teilnehmer aus den ärmeren Ländern setzten häufiger auf die Lotterien und wiesen ihnen einen höheren Wert zu. Am risikofreudigsten waren unter den Bedingungen des Experiments die Menschen in Äthiopien, Nicaragua und Vietnam. Deutschland ist Schlusslicht unter den 30 Ländern.

Erstaunlich sind die Ergebnisse deshalb, weil die Ökonomen einem Paradox auf die Spur gekommen sind: Bislang hatten Analysen zum Risikoverhalten innerhalb einzelner Länder ergeben, dass Menschen mit hohem Einkommen risikobereiter sind als ärmere Menschen. Vergleicht man aber das Bruttoeinkommen und die Risikobereitschaft auf Länderebene und bezieht Schwellenländer mit ein, ist die Verbindung genau umgekehrt: Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto geringer ist die Risikobereitschaft.

Länder mit einer höheren Risikobereitschaft hatten zudem über die letzten zehn Jahre ein im Durchschnitt stärkeres Wirtschaftswachstum. Eine Ursache könnte das Unternehmertum risikofreudiger Menschen sein. Doch warum bleiben dann Länder wie Nicaragua und Nigeria arm, obwohl sie einen hohen Indikator für Risikobereitschaft zeigen? Die Forscher machen deutlich, dass sich ein armes Land trotz einer risikobereiten Bevölkerung nur entwickeln kann, wenn gleichzeitig weitere Faktoren hinzukommen, wie etwa ein stabiler Staat, der Privatbesitz garantiert.

*Die zusammengefassten Ergebnisse des Experiments können in einem 44-seitigen englischen [Discussion Paper](#) nachgelesen werden: Ferdinand M. Vieider, Thorsten Chmura, Peter Martinsson: Risk Attitudes, Development, and Growth. Macroeconomic Evidence from Experiments in 30 Countries, WZB: Discussion Paper.*

## Versklavung von Menschen: Eine Branche boomt.

Offiziell ist die Sklaverei in der ganzen Welt abgeschafft. Die barbarische Vergangenheit scheint aber längst noch nicht vergangen zu sein. Die Schätzungen über die globalen Ausmaße der modernen Sklaverei, die oftmals mit dem nüchternen Begriff des "Menschenhandels" belegt wird, schwanken zwischen 21 Millionen (International Labour Organization) und 29 Millionen Sklaven (Harvard's Carr Center for Human Rights Policy). Auch 150 Jahre nach der [amerikanischen Emanzipations-Proklamation](#), die 1863 die Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten verkündete, leben weltweit, laut dem US-amerikanischen Soziologen und Sklaverei-Forscher Kevin Bales, rund 27 Millionen Menschen in Verhältnissen, die der Sklaverei entsprechen. Damit werden aktuell mehr Menschen versklavt, als während der gesamten Zeitspanne des atlantischen Sklavenhandels von 350 Jahren, bei der rund 13,5 Millionen Menschen aus Afrika geraubt und als Sklaven verkauft wurden.

## Ausbeutung von Kindern in Armeen, Minen oder Bordellen

In nicht-industrialisierten Ländern und vor allem auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent wird besonders die Arbeitskraft von Kindern zwischen fünf und 14 Jahren ausgebeutet. Versklavte Kinder arbeiten auf Plantagen, in Bordellen, als Bettler und Haushaltssklaven oder werden als Kindersoldaten zum Töten gezwungen. Das Phänomen der Versklavung von Kindern sei vor allem in Indien und Afghanistan weit verbreitet, wo Kinder im Baugewerbe arbeiten. In Brasilien würden Kinder in Minen eingesetzt, in Myanmar müssten sie auf Zuckerplantagen arbeiten, in China arbeiteten sie in Fabriken, die Feuerwerkskörper herstellen. In Sierra Leone werden Kinder in Diamant-Minen ausgebeutet, in der Demokratischen Republik Kongo arbeiten Kinder ebenfalls in Bergwerken und in Benin und Ägypten sind nach Schätzungen rund 1 Million Kinder in der Baumwollindustrie tätig. Das ergibt eine Länder-Liste, die spanische Ordensleute anlässlich des Welttags gegen die Versklavung von Kindern am 16. April 2012 zusammengestellt haben.

## Rosige Zukunft in Westeuropa

Ein weiteres dunkles Kapitel moderner Sklaverei ist die Zwangsprostitution, Folge des organisierten Menschenhandels, der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks im Westen floriert. Junge Mädchen und Frauen aus Osteuropa werden unter falschen Versprechungen von organisierten Banden nach Westeuropa, und hier vor allem nach Deutschland, gelockt, indem man ihnen eine lukrative Arbeit als Serviererin oder Au-pair-Mädchen verspricht. Vor Ort ihrer Papiere beraubt, werden die Frauen vergewaltigt und mit brutaler Gewalt in unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen gehalten und im Rotlichtmilieu versklavt. Schätzungsweise werden so in der Europäischen Union jedes Jahr 200.000 Zwangsprostituierte durch Menschenhändler an Zuhälter verkauft. Die vergewaltigten und bedrohten Frauen haben weder die Möglichkeit, sich zu wehren noch ihren Arbeitsunterhalt auf andere Weise zu bestreiten, da sie in der Regel keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung besitzen und keine Möglichkeit haben, aus der grausamen Situation zu fliehen.

Eine weitere Form der Zwangsarbeit existiert zum Beispiel im zentralasiatischen Usbekistan. Dort werden jährlich rund eine Millionen Usbeken, unter ihnen auch viele Kinder, zur Baumwollernte, dem wichtigsten Exportgut des Landes, gezwungen. Ein Teil dieser Milliardenprofite aus dieser Zwangsarbeit fließen laut Nichtregierungsorganisationen wie [Cotton Campaign](#) direkt auf die Konten des usbekischen Despoten Islam Karimow.

## Arbeiten Sklaven auch für mich?

Anlässlich des 150 Jahrestags der Emanzipationsdeklaration am 1. Januar 2013, forderte US-Präsident Barack Obama: „Widmen wir uns erneut der Bekämpfung einer der größten Menschenrechtsverstöße unserer Zeit“. Jeder könne hierzu einen Beitrag leisten. Es beginne damit, sich selbst zu informieren und Signale zu erkennen, die auf Menschenhandel hindeuten könnten. Es bedeutet auch, zu einem bewussten Verbraucher zu werden, indem man zum Beispiel bei [Slavery Footprint](#) in Erfahrung brächte, ob und wie viele Sklaven für einen arbeiten.

---

Der Blogger und Online-Journalist Tomasz Konicz schreibt auf Heise-Online: „Die Zwangsarbeit, das wichtigste Merkmal unfreier Arbeitsverhältnisse, findet man nicht nur in den Elendsgebieten der ‚Dritten Welt‘, sondern mitunter gleich um die Ecke in unserem Wohnort. Wo soll denn auch der grundlegende Unterschied zwischen dem Hartz IV-Empfänger liegen, der für einen Euro die Stunde Hundekot im Park aufsammeln soll, und dem in Schuldknechtschaft befindlichen Mitglied einer niederen Kaste in Indien?“

*Gegen die Ausbeutung von Menschen weltweit engagieren sich unter anderem Organisationen wie Terres des hommes – Hilfe für Kinder in Not ([www.tdh.de](http://www.tdh.de)) und SOLWODI – Solidarität mit Frauen in Not ([www.solwodi.de](http://www.solwodi.de)). Über Aktivitäten der Bundesregierung gegen Menschenhandel können Sie sich [hier](#) informieren.*

## Europa

### Drei Kardinalfehler im Kampf gegen die Finanzkrise

Bei der Bekämpfung von Finanzkrisen machen die politischen Akteure drei kardinale Fehler. Zu diesem Schluss kommen Prof. Mark Hallerberg, Professor of Public Management and Political Economy, und weitere Autoren im kürzlich erschienenen „[Governance Report](#)“ der Hertie School of Governance ([www.hertie-school.org](http://www.hertie-school.org)), Berlin.

Erkannt habe man, dass sich Finanzkrisen heute viel schneller und stärker über nationale Grenzen hinweg ausbreiten würden. Zugleich hätten aber nationale politische Entscheidungen stärkere externe Effekte als in der Vergangenheit. Das bestehende institutionelle Gefüge sei damit überfordert und bei der Suche nach Lösungen liefen die Krisenstrategen regelmäßig in folgende Zielkonflikte:

#### Zielkonflikt 1: „Liquidität versus Moral Hazard“

Ein Schuldenerlass ver helfe einem überschuldeten Land zur dringend benötigten Liquidität, gleichzeitig fördert ein solcher Schritt jenes risikofreudige Verhalten, das es eigentlich zu verhindern gelte. „Der Konflikt führt dazu, dass über Bail-outs am Ende rein aus politischer Opportunität entschieden wird. Das ist ein Fehler“, so Hallerberg zu dieser These. (Anmerkung der Redaktion: Bail-out entspricht dem deutschen „Rettungsschirm“, also der Tilgung oder Haftungsübernahme von Staats-Schulden durch Dritte)

#### Zielkonflikt 2: „Effektivität versus Rechenschaftspflicht“

Für eine effektive Finanzregulierung müssten die internationalen Finanzinstitutionen gestärkt oder sogar neue Institutionen geschaffen werden. Dies aber beeinträchtigt die nationale Souveränität und führe zu einem Defizit an demokratischer Kontrolle. Dazu Hallerberg: „Die internationalen Krisenstrategen stehen vor einem echten Dilemma, das sich aktuell in der Diskussion um die Bankenunion in der Eurozone zeigt: In Krisenzeiten konzentriert man sich auf Krisenbekämpfung, Fragen der Legitimität und demokratischen Verantwortung werden vernachlässigt, das rächt sich auf mittlere Sicht und kann nicht zu einem stabilen System führen.“

#### Zielkonflikt 3: „Innenpolitik versus internationale Verpflichtungen“

Eine Handels-, Geld- und Finanzpolitik, die einer Regierung maximale innenpolitische Unterstützung zusichere, sei für die wirtschaftliche Stabilität auf internationaler Ebene oft kontraproduktiv. „Die reflexartige Konzentration auf nationale Interessen in Krisenzeiten ist verständlich, aber dieses Verhalten führt in einer von engen wechselseitigen Abhängigkeiten bestimmten Welt nicht zu Lösungen, sondern beschwört die nächste Krise herauf“, so Hallerberg.

#### Fazit der Experten

Vor dem Hintergrund dieser Unzulänglichkeiten durch Zielkonflikte bewertet Hallerberg das europäische Krisenmanagement als

„durchaus erfolgreich“. Ausreichend gewappnet gegen künftige Krisen sei die Eurozone jedoch nicht. Der entscheidende nächste Schritt, der bisher noch fehle, sei eine umfassende Bankenunion.

*Weitere Informationen und zusätzliches Material zum „Governance Report 2013“ erhalten Sie unter [www.governancereport.org](http://www.governancereport.org). Der gesamte englischsprachige „Governance Report 2013“ der Hertie School of Governance (174 Seiten) ist unter ISBN-10: 0199674426 für 12,00 Euro erhältlich.*

## Drei offene Baustellen der Eurokrise

„Seitdem Europa in einer Schulden- und Finanzkrise steckt, sind drei wichtige Reformbaustellen sichtbar geworden“, schreibt Simone Wolf, Referentin für Wirtschaft und Finanzen bei der Heinrich-Böll-Stiftung ([www.boell.de](http://www.boell.de)), Berlin, auf der Website der Stiftung.

### Erste Baustelle: Verschuldung von Euro-Staaten

Wichtigste Baustelle sei natürlich die Verschuldung einiger Euro-Staaten, allen voran die von Griechenland. Hier unterstütze zwar die EU mit Überbrückungskrediten und verschiedenen Programmen, an weitere „Rahmenbedingungen für den Schuldenabbau traue sich die EU allerdings nur zögerlich heran“. So habe die Europäische Zentralbank (EZB) erst dann „grünes Licht für den Aufkauf von Staatsanleihen“ bekommen, als nicht mehr zu ignorieren war, dass eine Schuldenreduktion für Länder wie Griechenland nicht funktioniere, solange alle Einsparungen durch Zinsaufschläge an den Anleihenmärkten wieder aufgehoben würden.

### Zweite Baustelle: Stabilität des Finanzsystems

Hier werde, so die Autorin, inzwischen „mit angezogener Handbremse“ gearbeitet. Im Vordergrund der Krisenpolitik stehe die Gründung einer europäischen Bankenunion. Der Vorschlag der Europäischen Kommission konzentriere sich auf drei Säulen: eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, ein einheitliches Einlagensicherungssystem, und ein bankenfinanzierter Restrukturierungsfonds. Die Bundesregierung plane zudem gemeinsam mit weiteren EU-Staaten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen.

### Dritte Baustelle: Strukturelle Krisenursachen

Hier stehe man vor der Frage, wie es zu der massiven Überschuldung sowohl öffentlicher als auch privater Gläubiger kommen konnte. Denn die Immobilienblasen in den USA oder Spanien und der Schuldenberg in Griechenland hätten gemeinsam, dass die Kreditgeber ihre Kreditnehmer nicht sorgfältig genug geprüft hätten. Die Finanzinstitute konnten diese Risiken nicht zuletzt deshalb eingehen, weil sie davon ausgingen, dass sie „too big to fail“ seien: Und tatsächlich sei ein großer Teil der während der Finanzkrise in Not geratenen Großbanken von der Politik gerettet worden. Eine europäische Bankenunion könne einen Beitrag dazu leisten, dass Staaten in Zukunft seltener in diese Zwangslage gerieten.

## Paradoxe Vermögensverteilung

Aber auch die ungleiche Vermögensverteilung in Europa sei Teil der strukturellen Ursache der Krise: Die derzeitige Situation sei paradox: Auf der einen Seite seien viele Staaten und Privatleute sehr stark verschuldet; auf der anderen Seite hätten die Finanzmärkte einen Mittelüberfluss, weil die Realwirtschaft die ihnen anvertrauten finanziellen Mittel nicht komplett aufnehmen könne und viele Staatsanleihen nicht mehr sicher genug erschienen. Für viele Beobachter liege darin eine wichtige Ursache für die Entwicklung risikoreicher Finanzprodukte, die lange Zeit große Mengen Investitions-Kapital absorbiert und dann zum Ausbruch der Finanzkrise beigetragen hätten. Ein Problem sei: Wenn Überschüsse auf Dauer nicht innerhalb einer Volkswirtschaft aufgenommen werden, müssen sie woanders investiert werden und finanzieren dann Staatsschulden in Griechenland oder Immobilienblasen in Spanien.

## Der Blick nach vorn: Mehr Verteilungsgerechtigkeit in Europa

Wolf empfiehlt unter anderem Reformen in der Steuerpolitik als Maßnahmen gegen die Euro-Krise. So seien auch in Griechenland nicht die Ausgaben eklatant hoch gewesen, sondern die Steuer-Einnahmen extrem niedrig. Die Finanzkrise habe noch einmal deutlich gemacht, dass eine Aufgabe darin bestehen muss, Kapitaleinnahmen stärker in die Besteuerung mit einzubeziehen. Europa habe die Chance, seine Steuerpolitik stärker zu koordinieren. Außerdem könnten Steuerharmonisierung und Kapitalbesteuerung dazu beitragen, dass ein Land nicht mehr in erster Linie über niedrige Löhne wettbewerbsfähig bleiben könne. Dieses Konzept würde insgesamt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen.

*Den kompletten Artikel von Simone Wolf „Die Krise als Chance für mehr Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit“ auf der Seite der Heinrich-Böll-Stiftung können Sie [hier](#) nachlesen.*

## Tourismus in Europa trotz Krise gewachsen

Der Tourismus ist einer der wenigen Sektoren, der trotz der Krise weiter gewachsen ist und in dem weitere Arbeitsplätze geschaffen wurden. Sieben von zehn Europäern haben 2012 eine Reise unternommen (genau wie 2011). Immerhin 88 % der Urlauber aus der EU haben ihre Ferien innerhalb der EU verbracht, entweder im eigenen Land oder einem anderen Mitgliedsland. Es wird erwartet, dass die solide und stabile Entwicklung der Tourismusbranche auch 2013 anhält: Vor kurzem haben drei Viertel der Befragten (75 %) in einer EU-Umfrage angegeben, dass sie dieses Jahr eine Urlaubsreise unternehmen wollen. 34 % wollen jedoch bei ihren Urlaubsplänen ihre finanzielle Situation berücksichtigen. 2013 werden die Urlaubsziele weitgehend dieselben sein wie 2012: Spanien (12 %), Italien (8 %) und Frankreich (7 %) sind nach wie vor die begehrtesten Reiseziele. 51 % der Menschen wollen ihren Urlaub im eigenen Land verbringen.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der neuesten „Flash-Eurobarometer“-Umfrage der Europäischen Kommission über das Reiseverhalten der Europäer. Darin wurde auch die Motivation der Befragten für eine Urlaubsreise untersucht sowie die Frage, wie sie ihre Urlaube geplant haben, wie zufrieden mit ihrem Urlaub waren und welche künftigen Urlaubspläne sie haben.



Die Umfrage wurde von TNS Political and Social im fünften Jahr in Folge in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Kroatien, der Türkei, der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, Island, Norwegen, Serbien und Israel durchgeführt. Die Erhebung dient der Verfolgung der kurz- und mittelfristigen Trends im Urlaubsverhalten der Europäer. Daher ist sie ein wichtiges Instrument für die Tourismuspolitik und für die Planung der Tourismusbranche, insbesondere in Bezug auf die Formen des Tourismus und die beliebtesten Reiseziele. Die wichtigsten Ergebnisse:

### Europäer reisen lieber innerhalb Europas

Die „Flash-Eurobarometer“-Umfrage ergab Folgendes:

- **71 % der Europäer reisten 2012 aus beruflichen oder privaten Gründen.** Die Tourismusbranche blieb im Vergleich zur letztjährigen Umfrage stabil. Laut einer soziodemographischen Studie sind die Befragten, die eine Reise unternommen haben, mehrheitlich 15-39 Jahre alt, haben einen hohen Bildungsabschluss oder leben in einer großen Stadt.
- **Europäer, die 2012 keine Reise unternommen haben, führten hauptsächlich finanzielle Gründe dafür an (46 %).** Dies entspricht den Ergebnissen des Vorjahrs (45 %). Die Befragten, die 2012 keine Reise unternommen haben, sind häufig über 55 Jahre alt, üben einen handwerklichen Beruf aus, sind arbeitslos oder leben in einem Einpersonenhaushalt.
- **88 % der Umfrageteilnehmer, die aus privaten Gründen eine Urlaubsreise mit mindestens vier Übernachtungen unternommen haben, reisten innerhalb der EU.**
- **Zeit in der Sonne oder am Strand zu verbringen, war 2012 das Hauptmotiv für eine Urlaubsreise mit mindestens vier Übernachtungen (40 %),** dicht gefolgt von einem Besuch bei Familie, Freunden oder Verwandten (36 %).
- **Spanien war 2012 das beliebteste Ferienziel für Urlauber aus der EU (10 %),** gefolgt von Italien und Frankreich (jeweils 8 %). Auch Kroatien gehörte 2012 zu den begehrtesten Ferienzelen (3 %).
- Ein Großteil der Umfrageteilnehmer (58 %) verbrachte den Urlaub **im eigenen Land;** ein ähnliches Bild hatte auch die Befragung im Jahr 2011 ergeben (56 %). Urlaube im eigenen Land waren am häufigsten in Griechenland (87 %), Italien (80 %), Bulgarien (79 %) Spanien (73 %) und Kroatien (74 %) zu verzeichnen.
- Die Zahl der Übernachtungen in einer **bezahlten Unterkunft** hat gegenüber 2011 ebenso zugenommen wie die Übernachtungen bei Freunden oder Verwandten.
- 2012 waren 92 % der Umfrageteilnehmer **mit der Qualität der Unterkunft zufrieden.** 31 % der Befragten halten die Qualität der Unterkunft für den wichtigsten Faktor bei der Entscheidung, ob sie wieder an dasselbe Ferienziel reisen.
- Die meisten EU-Bürger waren **mit dem allgemeinen Preisniveau (83 %) zufrieden.** Dies sei ein weiterer wichtiger Grund, erneut an dasselbe Ferienziel zu reisen.

Die „Flash-Eurobarometer“-Umfrage können Sie [hier](#) abrufen; weitere Informationen über die Tourismusindustrie in der EU finden Sie unter [http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/index_en.htm)

---

## Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG  
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln  
Telefon 0221 / 97356-210  
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),  
E-Mail: [s.rueth@sozialbank.de](mailto:s.rueth@sozialbank.de)

ISSN: 1869-7631  
Erscheinungsweise: monatlich